#### An den Grossen Rat

16.0031.02

13.5224.04

Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission Basel, 8. Februar 2016

Kommissionsbeschluss vom 4. Februar 2016

Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

zum Ratschlag zu einer Änderung des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen vom 21. April 1994 (Wahlgesetz)

Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend keine Unterschriftenpflicht für Wahlvorschläge von im Grossen Rat vertretenen Parteien bei kantonalen Wahlen

## Inhalt

1.	KURZBERICHT	.3		
2.	ANTRAG	.3		
Beilagen Entwurf Grossratsbeschluss				
Ent	wurf Grossratsbeschluss			
Syn	opse			

#### 1. Kurzbericht

Am 3. Februar 2016 überwies der Grosse Rat den "Ratschlag Nr. 16.0031.01 zu einer Änderung des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen vom 21. April 1994, Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend keine Unterschriftenpflicht für Wahlvorschläge von im Grossen Rat vertretenen Parteien bei kantonalen Wahlen" an die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK).

Die JSSK hat sich in der Beratung vom 3. Februar 2016, nachdem sie einstimmig auf die Vorlage eingetreten war, mehrheitlich für den Beschlussantrag des Regierungsrats ausgesprochen. Infolge von redaktionellen Präzisierungen und einer nachträglichen redaktionellen Ergänzung seitens der Regierung legt sie dem Grossen Rat ihren Antrag schriftlich vor. Ihren Bericht zu den Änderungen wird sie mündlich erstatten.

## 2. Antrag

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt dem Grossen Rat mit 11 Stimmen bei 1 Enthaltung die Annahme des nachstehenden Beschlussentwurfes und die Abschreibung des "Anzugs Andreas Zappalà und Konsorten betreffend keine Unterschriftenpflicht für Wahlvorschläge von im Grossen Rat vertretenen Parteien bei kantonalen Wahlen" als erledigt.

Der vorliegende Kurzbericht wurde von der Kommission mit 11 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt und die Präsidentin zur Kommissionssprecherin bestimmt.

Im Namen der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Dr. Tanja Soland Präsidentin

Beilage

Entwurf Grossratsbeschluss Synopse

#### Grossratsbeschluss

#### Gesetz über Wahlen und Abstimmungen (Wahlgesetz)

Änderung vom

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt

nach Einsicht in den Ratschlag des Regierungsrates Nr. 16.0031.01 vom 12. Januar 2016 sowie in den Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission vom 4. Februar 2016,

beschliesst:

I.

Gesetz über Wahlen und Abstimmungen (Wahlgesetz) vom 21. April 1994 (Stand 30. Dezember 2015) wird wie folgt geändert:

#### § 36. Abs. 5 (neu)

<sup>5</sup> Parteien oder Gruppierungen, welche bei der Wahl für die laufende Amtsdauer im Grossen Rat mindestens einen Sitz erzielten, werden im ganzen Kanton von der Unterzeichnungspflicht gemäss Abs. 1 befreit. Auf dem Wahlvorschlag haben zwei im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigte Personen zu unterzeichnen, die den Wahlvorschlag gegenüber den Behörden vertreten.

### § 72. Abs. 2 (geändert)

<sup>2</sup> Neue Wahlvorschläge müssen den Anforderungen der §§ 36 und 37 entsprechen.

II.

Publikation. Referendum und Wirksamkeit

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem fakultativen Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft wird die Änderung sofort wirksam.

# **Synopse**

Zum Anzug Zappalà und Konsorten betr. keine Unterschriftenpflicht für Wahlvorschläge von im Grossen Rat vertretenen Parteien bei kantonalen Wahlen

Geltendes Recht	Vorschlag Regierungsrat	Antrag JSSK
§ 36. Unterzeichnung	§ 36. Unterzeichnung	§ 36. Unterzeichnung
	<sup>5</sup> Gruppierungen, welche in der laufenden Amtsdauer im Grossen Rat mit mindestens einem Sitz vertreten sind, werden im ganzen Kanton von der Unterzeichnungspflicht gemäss Abs. 1 befreit. Auf dem Wahlvorschlag haben zwei im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigte Personen zu unterzeichnen, die den Wahlvorschlag gegenüber den Behörden vertreten.	<sup>5</sup> Parteien oder Gruppierungen, welche bei der Wahl für die laufende Amtsdauer im Grossen Rat mindestens einen Sitz erzielten, werden im ganzen Kanton von der Unterzeichnungspflicht gemäss Abs. 1 befreit. Auf dem Wahlvorschlag haben zwei im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigte Personen zu unterzeichnen, die den Wahlvorschlag gegenüber den Behörden vertreten.
§ 72. Wahlvorschläge	§ 72. Wahlvorschläge	§ 72. Wahlvorschläge
Neue Wahlvorschläge müssen von mindestens 30 Stimmberechtigten unter- zeichnet sein. Sie haben den Erforder- nissen von § 37 zu entsprechen.		<sup>2</sup> Neue Wahlvorschläge müssen den Anforderungen der §§ 36 und 37 entsprechen.